

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
VI / 1999

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 1998
- MUSICA PRO PACE 1998
- BEITRÄGE ZUM SCHWERPUNKTTHEMA:
ZUSAMMENPRALL DER KULTUREN IM
ZEICHEN DER GLOBALISIERUNG?

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

Universitätsverlag Rasch Osnabrück

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
Editorial	9

I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 1998

Udo Steinbach, Hamburg <i>Islam und der Westen. Zukunft im Zeichen friedlichen Zusammenlebens?</i>	15
---	----

Rita Süssmuth, Bonn <i>150 Jahre nach 1848 – Herausforderungen für die parlamentarische Demokratie</i>	37
---	----

Podiumsdiskussion <i>Angst vor dem Fremden: Die ›Einheimischen‹ und die ›Anderen‹</i> Cornelie Sonntag-Wolgast, Günther Beckstein, Cem Özdemir, Peter Graf	49
---	----

Wilhelm Heitmeyer, Bielefeld <i>Freigesetzte Gewalt – Sozialisation zwischen Desintegration und Nutzenkalkül</i>	67
---	----

Dieter Chenaux-Repond, Bonn <i>»Europa sieht Deutschland«: Hat der Westfälische Friede das Europa von heute vorgeprägt?</i>	79
--	----

Podiumsdiskussion <i>Kritischer Dialog oder Konfrontation mit islamistischen Staaten und Bewegungen?</i> Henry Kissinger, Johannes Rau, Sabine Christiansen	89
---	----

<i>»Ist die Integration von türkischen Mitbürgern in Deutschland geschei- tert?« – Publikumsfragen an Henry Kissinger und Johannes Rau</i>	104
--	-----

II. MUSICA PRO PACE – 25. OKTOBER 1998

Stefan Hanheide, Osnabrück <i>›Friedensseufftzer und Jubelgeschrey‹ – Kriegsklagen und Friedensfeiernmusik um 1648</i>	111
---	-----

III. BEITRÄGE ZUM SCHWERPUNKTHEMA:

Zusammenprall der Kulturen im Zeichen der Globalisierung?

Cornelia Schmalz-Jacobsen, Berlin

Einwanderung und Gemeinsinn: Von der selbstbewußten offenen Gesellschaft 131

Dieter Kramer, Frankfurt a.M.

Kulturelle Vielfalt ist eine notwendige Struktur menschlicher Vergemeinschaftung 143

Jost Halfmann, Dresden

Können Kulturen zusammenprallen? Die Theorie der Weltgesellschaft und der »clash of civilizations«. 157

Bassam Tibi, Göttingen / Harvard

Friede im Nahen Osten im Lichte einer Vergegenwärtigung des Westfälischen Friedens 175

Moshe Zuckermann, Tel Aviv / Berlin

Antisemitismus, Zionismus und Assimilation 187

Mohssen Massarrat, Osnabrück

Islamischer Orient und christlicher Okzident: Gegenseitige Feindbilder und Perspektiven einer Kultur des Friedens 197

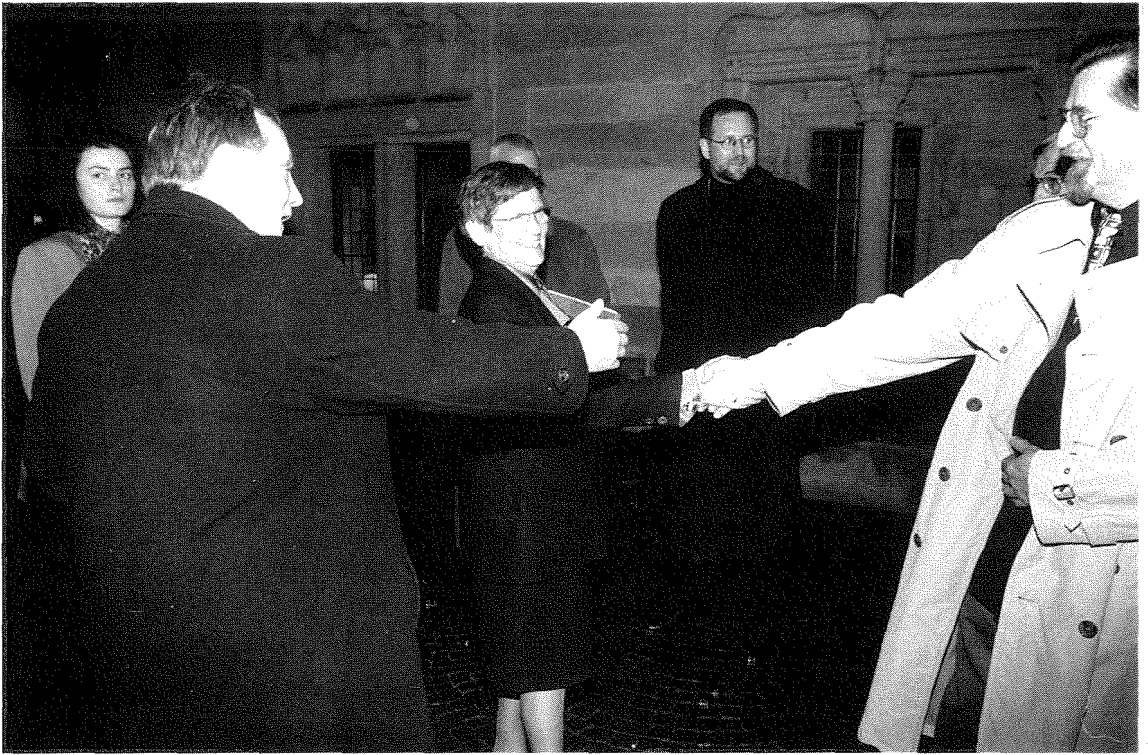
Michael Bommers, Osnabrück

Multikulturalität und Transnationalismus: Über die nachlassende Integrationskraft des nationalen Wohlfahrtsstaates 213

IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 231

Abbildungsnachweis 236



Rita Süsmuth

Rita Süßmuth, Bonn

150 Jahre nach 1848 – Herausforderungen für die parlamentarische Demokratie

Vortrag in der Marienkirche am 13. März 1998

Fünf Tage vor Beginn der Nationalversammlung in der Paulskirche schrieb *Friedrich Wilhelm IV.* an *Josias von Bunsen*, den preußischen Gesandten in London, der Liberalismus sei eine Krankheit, ebenso wie die ›Rückenmarksdürre‹: Immer glaube man, dem Fortschritt zu huldigen, während es doch tatsächlich nur vorwärts ins Verderben ginge. Heute wissen wir, wenn wir an jene Zeiten zurückdenken, wie sehr sich der preußische König geirrt hat. Der wahre Fortschritt lag auf seiten derer, die sich für die liberale Demokratie und die rechtsstaatliche Republik einsetzten.

Auch wenn die Revolution von 1848/49 zunächst militärisch niederkämpft wurde und Adel wie Monarchie zu triumphieren schienen –, auch wenn Repression, Pressezensur, das Verbot von politischen Vereinigungen und die Vertreibung von Oppositionellen ins Exil an der Tagesordnung waren, so waren doch in diesen Jahren die Grundlagen für die historische Entwicklung von freiheitlichen Verfassungen, die Geltung von Menschenrechten, parlamentarische Institutionen und die Bildung von Parteien gelegt worden, auch wenn es noch Jahrzehnte brauchte, bis sich diese einschlägigen Ansätze organisatorisch ausgebildet hatten.

Wenn wir den Maßstab anlegen, ob tatsächlich nationale Einheit und politische Freiheit, ob die Rechtsstaatlichkeit erreicht worden ist, dann ist die deutsche Revolution von 1848/49 zwar zunächst gescheitert. Aber wir sollten sehen, was weitergewirkt hat. Es war das erste Mal, und das ist nicht zu unterschätzen, daß Bürgerrechte als Freiheits- und Grundrechte abgefaßt worden waren. Mancher mag dessen Bedeutung in Zweifel ziehen. Versucht wurde damals, eine verfassunggebende Versammlung auf diese Grundrechte festzulegen. Und diese Form verfassungsmäßiger Formulierung und Verankerung hatte Folgewirkungen für die nachfolgenden Generationen, die bis hin zur Ausgestaltung unserer heutigen Demokratie reichen.

Ein zweites: das politische Ziel der Einführung eines allgemeinen Wahlrechts ist in diesen Jahren ein gutes Stück voran gebracht worden. Ohne die Frankfurter Paulskirche hätte das preußische Königtum, die Monarchie, die Bevölkerung politisch weit stärker unterdrückt und wäre nicht bereit gewe-

sen, im Jahr 1867 zumindest für 80% der Bevölkerung – genauer: für 80% der Männer – ein allgemeines Wahlrecht einzuräumen.

Es hat danach noch geraume Zeit gedauert, bis das ständische Wahlrecht überwunden wurde und auch das Frauenwahlrecht durchgesetzt war. Aber 1848/49 hat die Freiheit in Europa zum ersten Mal ihr Gesicht wieder gezeigt, nachdem sie nach 1789 in Frankreich geschlagen worden war.

Weder war die nationale Einheit erreicht worden, noch bedeutete das Zusammentreten des Paulskirchenparlaments einen frühen Triumph für eine europäische Bewegung, aber dieser Versuch einer verfassunggebenden Versammlung war eine großartige Leistung auch gegenüber einem nationalistischen Denken, so daß wir allen Grund haben, an diese Tradition anzuknüpfen.

Bei dem Kleinmut, mit dem wir oft heute noch der europäischen Idee begegnen, haben wir offenbar noch immer nicht begriffen, in welchem Maß zur Freiheit auch die Einheit als Voraussetzung für den Frieden gehört. Es ist äußerst spannend nachzulesen, in welcher Weise in den verschiedenen deutschen Territorien Aufstände unternommen wurden: das waren Wagnisse, wie Demokratie immer ein Wagnis bedeutet. Nach der Erstarrung kam dann der Aufstand, der Aufbruch. Aber, so problematisiert *Wolfgang J. Mommsen* den weiteren Fortgang in seinem neuen Buch: Wohin flüchtete sich ein Gutteil? – In den Schutz der alten Autoritäten!

Das gilt leider auch von der liberalen Bewegung und dem Bürgertum in Teilen, weil es befürchtete, Macht und Einfluß im Staat an die Arbeiterklasse zu verlieren. Diese Befürchtung kam auch im Verlauf der Weimarer Republik immer wieder auf und kehrt heute angesichts der fortschreitenden europäischen Einigung gerade in Deutschland wieder.

Das Beste, was die Aufklärung auf christlicher Grundlage uns Nachgeborenen mit auf den Weg gegeben hat, ist die Mündigkeit des Bürgers. Demgegenüber gibt es aber offenbar auch Ängste, daß der Mensch mit all' seiner Vernunft und seinem Verstand Ungutes anfangen und daß nicht genug dafür getan werde, um den einzelnen zur Mündigkeit zu erziehen, ihn mehr herauszufordern und Vertrauen in seine Verantwortlichkeit zu gewinnen. Dieser Mangel besteht bis zum heutigen Tag fort, und das gilt in Teilen auch für das Mißtrauen der Kirchen in die Eigenverantwortlichkeit, in die Mündigkeit, wovon insbesondere Frauen ein Lied zu singen wissen.

Im Hinblick auf die nachfolgenden politischen Schwellenjahre 1871, 1918 und 1949 ist zweierlei besonders bedeutsam: In der 1848er Revolution können wir durchaus auch die Wurzeln der Parteiendemokratie erkennen. Denn mit der Gründung von politischen Gemeinschaften und dem Recht auf Vereinsbildung wurde auch das Versammlungsrecht erkämpft – ein Fortschritt, der selbst, als die Vereine anschließend verboten worden waren, um so kräftiger wirkte.

Wer die Vereine verbietet – das lehrt deutlich auch ihre Gleichschaltung im Nationalsozialismus – zeigt, wie sehr das freie Wort gefürchtet wird: Die menschliche Sprache ist viel mächtiger als alle Verbote, im Guten wie im Bösen. Gerade das Recht der freien Rede und das Versammlungsrecht werden immer wieder allen demokratischen Bewegungen, auch in der jüngsten Zeit, am stärksten vorenthalten.

Aus den Ereignissen des Jahres 1848 kristallisierten sich die verschiedenen politischen Grundströmungen im deutschen Frühparlamentarismus heraus. Der bürgerliche Liberalismus fand damals seine ersten Bündnisformen. Die ersten Aktionen des politischen Katholizismus fallen in diese Zeit. Die frühe Arbeiterbewegung erhob soziale Forderungen. Mit dem sich entwickelnden Konstitutionalismus organisierten sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts dann die einzelnen Parteien, die Zug um Zug zu Mitgliederparteien mit eigenen Parteiprogrammen wurden. Aber die Parteien haben lange gebraucht, um als wichtige Akteure der politischen Willensbildung entsprechende Anerkennung zu finden.

Immer wieder galt es für sie, um die Rechte von Parlamenten und Parteien zu kämpfen. Nur in einigen Länderverfassungen haben die Parteien früh Erwähnung gefunden, selbst die Weimarer Verfassung hat den Parteien keine wichtige Rolle verliehen; dort kommen die Parteien nur am Rande vor (Art. 130). Wirklich verankert wurden die Parteien erst im westdeutschen Grundgesetz des Jahres 1949. Die herrschende Staatslehre während der Weimarer Republik ging davon aus, daß die Parteien zwar im Staate, aber nicht in den Staatsorganen zur Wirkung kommen sollten und daher keinen zentralen Verfassungsrang haben. Wenn es heute im Artikel 21 des Grundgesetzes heißt: »Die Parteien wirken an der politischen Willensbildung mit«, so liegt darin eine wirkliche Veränderung im Verständnis der Parteien. – Dort steht allerdings nichts von einer Omnipotenz der Parteien.

Heute gehören in der Demokratie Parteien und Parlamente zusammen. Das Paulskirchenparlament von 1848 kann durchaus als Geburtsstunde unserer Demokratie gelten. Es ist oft als ›Professorenparlament‹ kritisiert und diffamiert worden – zu Unrecht, wie ich meine. Auch heute ist eine solche Schelte verbreitet: niemand wird, auch innerhalb der eigenen Fraktionen, im Bundestag so kritisch beobachtet wie die Professoren – nach dem Motto ›Ihr behandelt die Politik zu akademisch‹ bestehen nach wie vor große Vorurteile.

Die 48er-Versammlung in der Frankfurter Paulskirche hat den Grundstein gelegt zum Parlament als Institution. Der deutsche Bundestag hat von ihr ein Stück parlamentarischer Praxis geerbt. Das beginnt mit dem Regelwerk der Geschäftsordnung: Diese parlamentarische Versammlung, die ja so gut wie keine Rechte hatte, hat sich selbst Erhebliches an Strukturierung und Regeln gegeben. Und auch der ›Streitkultur‹ der Parteien im Parlament hat hier ihren Ursprung. Die ›Frankfurter Paulskirche‹ hat auch den Weg zu einer streitbaren Demokratie in Deutschland gewiesen. Die Freiheits-Revolution von

1989/90 – wenn wir sie denn als Revolution bezeichnen – hat bewußt an 1848/49 angeknüpft, gerade mit Bezug auf die grundlegenden Freiheits- und Bürgerrechte. Daran ist zu erinnern: Nicht dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland galt der Bezug, sondern es waren vielmehr dessen Wurzeln, die aufgesucht wurden und zur Begründung ihrer Freiheitsrechte in der großen Zeit 1989/90 ganz wichtig wurden.

Ein ähnlicher Befund gilt übrigens auch für andere Länder des früheren Ostblocks. Auch in Polen hat man sich auf Rechtsgüter aus der älteren Verfassung von 1893 berufen. Und auch in der Tschechischen, damals Tschechoslowakischen Republik ist, wie in Ungarn, ein starkes historisches Bewußtsein von den Wurzeln der Freiheitsrechte festzustellen. Insofern tun wir gut daran, 1848/49 in unsere heutige Auseinandersetzung mit der Demokratie lebendig einzubeziehen.

Ich hätte mir gewünscht, daß wir nach 1989/90 eine lebendige Verfassungsdiskussion gehabt hätten. Dieses auf breiter Grundlage zu beginnen, ist nicht gelungen, obwohl gerade die Bürgerrechtler inmitten des Umsturzes sich dafür viel Zeit gelassen haben und bisweilen den Eindruck erweckten, als beträfen sie die Stürme draußen nicht. Für sie als Bürgerrechtler, Demokraten und auch als Widerständler war die Verfassungsfrage die allerwichtigste. Die Freiheit hatte da zunächst Vorrang vor allen Einheitsfragen, die erst Wochen später aufgekommen sind.

Das Jahr 1989 stand – wie bereits die Zeit davor – im Zeichen der Erringung von Freiheits- und Verfassungsrechten. Die Bewegung war aber im Verlauf offenbar zu stürmisch, um sich hierauf mit Bedacht einzulassen. Auch drängten die alltäglichen Sorgen der Einheit und der Lebensbewältigung die Verfassungsfragen in den Hintergrund.

Als wir nach der Einheit den Verfassungsausschuß im Deutschen Bundestag tagen ließen, waren die Angst, irgend etwas im Grundgesetz zu verändern, und der Wunsch, festzuhalten am Bestehenden größer, als die Bereitschaft, über Änderungen nachzudenken. Ich hätte mir damals etwas mehr Mut im Parlament gewünscht, um auch noch einmal im Sinne der 1848er-Traditionen unser Verfassungsrecht zu diskutieren.

Wenn ich mir heute anschau, wie wir unser Grundgesetz manchmal auch verballhornen, dann vermisse ich oft die schlichte, klare Sprache der Mütter und Väter unseres Grundgesetzes. Wenn ich mir heute den Artikel 23 oder den Artikel 16 anschau, habe ich große Schwierigkeiten, seinen Sinn zu entschlüsseln, während fast alles andere, das Alte, gut lesbar und verständlich war. Zur dauernden Reform der Demokratie gehört eben auch die Verständlichkeit der Sprache. Ich führe einen Teil der Skepsis, der Kritik, des Abrückens darauf zurück, daß hier zuwenig Sorgfalt waltet. »Ihr pflegt eine Expertensprache, die niemand mehr verstehen kann«, lautet eine oft gehörte Klage – ich denke, das Jahr 1998 sollte in Erinnerung an 1848 auch Preise für die besten und verständlichsten Gesetze aussetzen. Vielleicht muß man wirklich

zunächst einmal über solch einen Preis die Aufmerksamkeit für das Problem erzeugen.

Mit Blick auf die Jahre 1989 und 1990 will ich noch einmal betonen, daß sowohl in der früheren DDR als auch in den anderen mittel- und osteuropäischen Ländern des ehemaligen Warschauer Paktes – auch vorbereitet durch die KSZE – ein Freiheitsdrang ausgeprägt war, der dem von 1848 und 1849 in nichts nachstand. Darin lag eine Kraft zur Überwindung erstarrter, nicht demokratischer Systeme, die wir nicht genug würdigen können und über die wir doch sehr schnell zur Tagesordnung und zum Alltag übergegangen sind.

Wir haben uns daran gewöhnt, mehr auf die Tagesereignisse zu sehen, auf die Events, das Kurzlebige. Schnell sind wir deswegen mit dem Vorwurf der Unfähigkeit oder des Stillstands zur Hand, wenn etwas nicht gelingt. So lautet eine Kritik an der Demokratie, sie sei oft viel zu langsam. Sie sei nicht in der Lage, der Schnelligkeit der heutigen Zeit angemessen zu handeln.

Sie sei nicht mehr kompromißfähig, habe keine klaren Profile, sie sei nicht transparent, zu kompliziert, sie habe sich mehr und mehr zu einer Parteidemokratie entwickelt und sei nicht länger die Demokratie der Bürgerinnen und Bürger. Wichtig ist aber dabei, sich vor Augen zu halten, worin die Stärken der Demokratie bestehen.

Aber worin liegen demgegenüber eigentlich die Stärken der Demokratie?

Auch wenn insbesondere den Trägern politischer Verantwortung eine häufig ungerechtfertigte Kritik die Arbeit für das Mandat erschweren kann und es manchmal nicht leicht fällt, die Kritik in den vorgebrachten Formen anzuerkennen und zu respektieren, so ist selbstverständlich das Recht zur Kritik zu verteidigen. Denn in welcher anderen Staatsform haben Bürger und Bürgerinnen überhaupt das Recht zur freien Rede und zur Kritik? In welcher anderen Staatsform sind Schwächen, sind Fehler, sind Skandale aufzudecken und korrigierbar? In welcher anderen Staatsform gibt es so viele Möglichkeiten, ja eigentlich zwischen uns vereinbarte, weithin offene Wege und Prozeduren hin zu Frieden und Gewaltlosigkeit?

Es deutet indessen auf keine gute Verfaßtheit von Demokratie, wenn wir jetzt, bereits über eine geraume Zeit, sehr nachlässig mit der Ahndung und Ächtung von Gewalt im alltäglichen Leben wie in größeren politischen Zusammenhängen umgehen und umgegangen sind. Die Demokratie lebt aber von der Lösung der Konflikte ohne Gewalt. Deswegen ist es wichtig, daß wir an dieser Stelle nicht nachlässig werden, sondern Gewalt gegenüber Sachen und Personen in gleicher Weise mit einem klaren »Nein« ächten. Angesichts zunehmender Gewalt beginnen wir jetzt wieder, wachsamer zu werden, anstatt wegzuschauen und zu sagen: Das geht mich nichts an.

Wo gibt es eine Staatsform, die so sehr vom Mitmachen der Bürger abhängt wie die Demokratie? Leider haben wir uns angewöhnt zu sagen: »Laß die doch da machen ...«.

Es ist kritisch zu fragen, ob wir nicht zu oft bei unseren Wahlen nur Mandatsträger suchen, die uns die Arbeit politischer Entscheidungsfindung wieder abnehmen, damit wir es nicht selbst machen müssen. Gleichzeitig hegt man aber hohe Erwartungen an diejenigen, die solche Ämter übernehmen. Für die lebendige Gestaltung und Weiterführung unserer Demokratie brauchen wir – im Sinne von *Amitai Etzioni* oder auch *Hannah Arendt* – mehr aktive Bürgerschaft. Auch die Demokratie nach 1945 ist entscheidend durch das aufgebaut worden, was die Bürger und Bürgerinnen aus eigenem Antrieb selbst gemacht haben – auf kulturellem, sozialem, auf wirtschaftlichem Gebiet. Dazu gehört allerdings auch, daß wir den Bürgerinnen und Bürgern den nötigen Freiraum verschaffen, sie machen lassen und sie nicht durch täglich mehr Bürokratie auf allen Ebenen lähmen, behindern und ihnen das Gefühl der Ohnmacht geben. Dazu gehört, daß wir entflechten, denn je weniger die Bürgerinnen und Bürger noch wissen, was wo entschieden wird, desto mehr wenden sie sich ab. Um der Komplexität der Politik zu begegnen, wäre es dringlicher denn je, Entflechtung herbeizuführen und Transparenz zu erzielen.

Es wird in einem künftigen ›Europa der Regionen‹ ganz entscheidend sein, daß nicht länger in Brüssel entschieden wird, was in Osnabrück entschieden werden kann. Wir müssen die Entscheidungen zurückverlagern, wo dieses möglich ist, denn was die kleine politische Einheit selbst entscheiden kann, muß nicht in der großen entschieden werden.

Man soll nicht denken, für Europa sei das demokratische *procedere* untauglich. So gereift ist die Demokratie in unserer Bürgerschaft denn doch, daß sie auf ein demokratisches Europa drängt, nicht auf ein einseitiges bürokratisches Regierungs-Europa. Dazu wird auch eine Entflechtung zwischen Bundestag und Bundesrat gehören. Tatsächlich gehört die im September 1998 beendete Wahlperiode zu den schwierigsten während meiner Zeit in politischen Ämtern. Die Legislaturperiode ist keineswegs eine Phase des Immobilismus, des Stillstands, gewesen. Das wäre ein unzutreffendes Bild; ich könnte Ihnen die Anzahl der behandelten und verabschiedeten Gesetze nennen. Aber die Arbeit in diesem Zeitraum war ineffizient. Ich habe noch nie erlebt, daß Gesetze so viele Male ›durch die Mangel gedreht‹ werden können – Bundestag, Bundesrat, Vermittlungsausschuß und der Weg wieder zurück; und wieder hin, und wieder zurück. Das schafft Ineffizienz, und die Parteien und Fraktionen haben insbesondere im zweiten Teil dieser Wahlperiode noch an Kompromißfähigkeit verloren.

Häufig wird in der Öffentlichkeit gerade der Konsens verächtlich gemacht. Wir kennen die Rede von der Konsens-›Sauce‹, die man nicht mag. Ich sage Ihnen: In allen unseren Nachbarländern, die sich nicht weniger kritischen Herausforderungen, gerade auch im Feld der Arbeitslosigkeit oder anderen Bereichen, gegenübersehen als wir, hat man das Konsensprinzip aufgegeben. Das Gegenteil wäre aber richtig: Wir brauchen bei klarer Profilierung zur

Zeit *mehr* Kompromiß und Konsens, nicht weniger. Wenn dann im Parlament ein oftmals mühsam gefundener Kompromiß ausgehandelt war, so war er oft schon wieder aufgekündigt, bevor das Gesetz verabschiedet war. Solche Erfahrungen sind der Demokratie äußerst nachteilig, denn deren Beurteilung mißt sich auch daran, was sie zu leisten imstande ist.

Sicherlich muß man vorsichtig damit sein, Omnipotenz-Erwartungen an die Demokratie zu wecken. Nach dem Motto: ›Sage mir, lieber Bürger, was du brauchst, und ich gebe dir die Lösung‹, haben wir uns seit einer Reihe von Jahren auch übernommen mit den Allzuständigkeitserwartungen, die wir ausgelöst haben. Wichtig ist aber, nicht nur in bezug auf die letzten Dinge, sondern auch auf das, was wir tun könnten, Selbstbegrenzung zu praktizieren. Man muß unterscheiden können zwischen dem, was Aufgabe des Staates und der demokratischen Entscheidungsinstanzen ist, und dem was der Anteil der Gesellschaft, der Bürgerschaft, ist.

Wenn wir dahin nicht wieder zurückfinden, werden wir unsere Demokratie nicht erhalten können. So hat z.B. der Sozialstaat in Deutschland in seiner konkreten Form immer nur so gut sein können, wie auch in Ehrenämtern, in der Nachbarschaft, in Vereinen und Verbänden ein starkes bürgerschaftliches Engagement nach dem Prinzip der Subsidiarität zum Tragen kam.

Ein allzuständiger, bürokratisierter Sozialstaat übernehme sich bei dieser Aufgabe. Er kann sie nicht erfüllen und verfehlt so am Ende noch die Qualifizierung als Sozialstaat. Die Pflegeversicherung ist sicher eine ungeheure Errungenschaft. Wir haben sie aber mit soviel Bürokratie belegt, daß die Menschen oft den Eindruck haben, das Eintragen von Pflegetätigkeiten nach dem Zeitaufwand in gelbe, blaue, grüne Zettel sei wichtiger als die Pflege. Das sind Fehlentwicklungen, die dem Zweck dieser Leistungen selbst abträglich sind.

Eine weitere, auf die Schwerfälligkeit unserer parlamentarischen Demokratie zielende Kritik mahnt uns: »Warum braucht ihr stets so lange für eure Entscheidungen und Maßnahmen?«

Wie schnell sind die politischen Abläufe in der Demokratie zu erledigen? Für eine ganze Reihe von Gesetzen – ohne sie hier im einzelnen zu nennen – haben wir in der Tat zu lange gebraucht. Es gibt indessen Gesetze, für die wir sicherlich überlange gebraucht haben, die aber – bei allen Schwächen, die sie haben mögen – dem inneren Frieden immens genutzt haben, so beispielsweise der Asylkompromiß. Ich möchte nicht wissen, wie es in unserem Lande aussähe, wenn man nicht besorgt wäre, den Fremden in die Gefahr feindlicher Gefühle zu bringen. Falsch verstandene Menschenfreundlichkeit kann dazu führen, daß Fremde nicht mehr integriert werden. Die Politik muß Obacht darauf geben, wieviel sie im einzelnen vermag, um den Fremden ein gutes Zuhause in Deutschland zu geben. In meinem Augen problematisch ist es, was hier mit dem sogenannten ›Kirchenasyl‹ manche Gemeinden getan haben. Ich kann nur davor warnen, denn so wird ein Anspruch an die Politik

herangetragen, den diese nicht erfüllen kann und der sehr schnell zu neuen Totalitätsansprüchen führen kann. Insofern gilt es, sich immer wieder neue Grenzen zu setzen in der Demokratie, wie das auch für Fragen der Organtransplantation oder der Bioethik gilt.

Auch davor, daß die Demokratie die Definition des Zeitpunkts, wann ein Mensch tot ist, in die Hand der Politik legt, kann ich nur warnen. An diesem Punkt war es sehr wichtig, daß sich kritische Stimmen so lange vernehmen lassen, bis das Nachdenken zu einem Umdenken und zu einer vorsichtigeren Entscheidung führte. In der jetzt geführten Diskussion zur Bioethik, in der Wissenschaftler von uns die gesetzliche Regelungen fordern, um auch bei Nichtvorhandensein der Zustimmungsfähigkeit medizinisch notwendige Eingriffe vornehmen zu können, ist es Aufgabe und Pflicht der Demokraten, sehr intensiv zuzuhören und sich kundig zu machen, auch zu fragen, wie es den Behinderten ergeht, die von solchen Absichten hören und die bereits heute große Ängste haben, ob sie als Behinderte in der Gesellschaft überhaupt noch geachtet werden.

In den Demokratien wird heute gefragt – ich komme zu einem weiteren Punkt –, ob denn nicht die Politik angesichts von globalisierter wirtschaftlicher Entwicklung und weltweit vernetzten Kommunikationsprozessen ausgespielt habe? Offenkundig sei doch, daß das Kapital, die Wirtschaft, entscheide, was die Politik nicht mehr zu entscheiden vermöge.

Solche rasanten Veränderungen stellen in der Tat die Politik vor neue Herausforderungen – auch vor Probleme, für die sie einstweilen keine Lösungen hat. Der Satz: »Das Kapital geht dahin, wohin es will«, ist berechtigt. Da können wir als Politiker keine Abhilfe schaffen. – Wenn wir hier auch auf nationaler Ebene Einfluß nehmen, aber international sind die Möglichkeiten dazu nicht gegeben. In mehr und mehr Bereichen erleben wir, daß ein deutlicheres Eingreifen der Politik angesichts der gewaltigen Entwicklungen immer gefragter wird. So werden entsprechende internationale Vereinbarungen und Konventionen künftig nicht weniger, sondern mehr Gewicht haben.

Sie erinnern sich, als sich Ende des letzten Jahres der *crash* der Banken in Ostasien vollzog. Sie erinnern sich, als im Spätherbst 1997 Menschen aus Ostasien massenhaft die Flugzeuge bestiegen, um dem *Smog* zu entgehen. Das hat zum Nachdenken geführt und zu der Schlußfolgerung, daß internationale Regelungen dringlicher denn je sind. Ich habe noch kein *World Economic Forum*, kein Weltwirtschaftsforum in Davos, erlebt, wo so intensiv über neue Regelungen der Finanzmärkte diskutiert wurde wie in diesem Jahr. Hier bestand grundsätzliches Einvernehmen darüber, daß unabhängige Kontrollen der Finanzmärkte vonnöten sind – aus der Sicht der einen zum Schutz des Geldes, aus meiner Sicht zum Schutz des Menschen. Wir kommen nicht ohne gemeinsame Regeln aus, dort wo wir in menschlichen Gesellschaften zusammenleben.

Daß uns solche Regeln nicht einfach aufoktroziert werden können, sondern wir sie selbst aushandeln und mitbestimmen können, halte ich für eine immense Stärke der Demokratie und eine dem Menschen angemessene Form. Das sollten wir nicht aufs Spiel setzen. Wir könnten es verwirken durch das Fehlverhalten von Politikern, aber auch durch Fehlverhalten der Menschen, die sagen: »Das ist mir alles zu kompliziert, zu aufwendig – es geht mir nicht schnell genug«. Schon oft habe ich darauf geantwortet: »Nur die Diktatur ist schnell. Die kann von einem auf den anderen Tag entscheiden.« Das soll keine Legitimation der Langsamkeit sein, sondern ein Aufruf zur Überlegtheit, und ich wünsche mir, daß wir nicht alle Lebensbereiche nur unter das hektische Regime der Zeit bringen.

Eher möchte ich mit den Frühsozialisten noch einmal an die sogenannte ›Tugend‹ der Faulheit‹ erinnern. Gemeint ist damit die Tugend des Nachdenkens, des Sich-Zeit-Nehmens, damit etwas Gutes gedeihen kann. Es war *Rousseau*, der mit dem Blick auf die Menschen seiner Zeit und besonders auf die Kinder das Wort prägte: »Zeit verlieren, um Zeit zu gewinnen.« Auch die universitäre Wissenschaft, und sei sie finanziell noch so gut ausgestattet, ersetzt nicht das Nachdenken und die Zeit, die die Menschen dafür benötigen. Um es einmal religiös zu fassen: Wenn wir nicht mehr die Zeit haben, der Hektik zu entfliehen und über den Alltag hinauszugehen, ihn zu *transzendieren*, um die Dinge tiefer zu reflektieren, dann ist es schlecht um uns Menschen bestellt.

Das Parlament hat seine Sternstunden, wenn es zeigen kann, was an Gedanklichem und Authentischem, das heißt ›Unverdrehtem‹, in ihm steckt. Anders als in Amerika sollen – so will es das Grundgesetz von 1949 – in unserer Parteiendemokratie die mehrheitsbildenden Parteien die Regierung stützen. Darin liegen in bezug auf die Stabilität Vorteile begründet, in bezug auf die Möglichkeit, zu wechselnden Mehrheitsentscheidungen zu kommen, auch Nachteile, denn die Fraktionen müssen sich um Geschlossenheit bemühen. So stehen der Anspruch an den einzelnen Abgeordneten, als Mitglied z.B. der Regierungsfraktion zu handeln, und die dem Artikel 38 des Grundgesetzes entspringende Verpflichtung auf das eigene Gewissen in ständiger Spannung. Das bedeutet für den Parlamentarier oft erhebliche Kämpfe: Besteht also noch seine Gewissensfreiheit? Gefordert ist damit der ständige Wechsel zwischen einer Gesinnungs- und einer Verantwortungsethik. Ich bin allerdings davon überzeugt, daß wir unsere Probleme nicht dadurch lösen, daß wir die Parteien abschaffen und zu einer direkten Demokratie übergehen, weil es dadurch besser werden würde. Jene Gesellschaften, in denen in neuerer Zeit demokratische Organisations- und Regierungsformen entwickelt und praktiziert worden sind, sind von anfänglichen 40 Gruppierungen zu 30, 20, schließlich 10 und weniger Parteien gelangt, weil ein politischer Gestaltungswille sich – ebenso wie seine leitenden Ziele und Programme – profilieren

und organisieren muß; dies aber, um dann zur Diskussion und zur innerparteilichen Abstimmung und Auseinandersetzung bereit zu sein.

Wolfgang J. Mommsen hat recht, wenn er sagt: das, was heute gefragt ist, ist nicht die Abschaffung der Parteien, denn sie sind es, die den politischen Willen organisieren müssen. Eine Prozedur, bei der aller Entscheidungsbedarf auf direktem Wege zu regeln wäre und 80 Millionen Mitbürger ständig zu Plebisziten aufgerufen würden, sollten wir uns wirklich für die wichtigen Dinge aufbewahren. Denn wenn wir uns dazu wirklich entschließen sollten, so könnten wir bereits nach kurzer Zeit erleben, daß die Menschen gar nicht mehr mitmachen. Zweimal mag das dann spannend sein, dann wird es zu anstrengend, und schließlich kommt dann kaum noch jemand zur Abstimmung, wie dies in der Schweiz zu beobachten ist.

Dennoch brauchen wir in einer reifer gewordenen Demokratie mit einem geforderten Bürgerengagement auch ein Beteiligungs- und Mitbestimmungsrecht. Insofern stehen die Parteien vor mehreren Aufgaben. Auf der einen Seite müssen sie sich zurücknehmen, denn die grundgesetzliche ›Mitwirkung an der politischen Willensbildung‹ bedeutet nicht, daß die Parteien allorts die dominante Kraft sind. Ich will nicht verschweigen, daß es im Parlament erhebliche Probleme macht, daß die Entscheidungsprozesse durch die Parteivorsitzenden, die Koalitionäre, vorentschieden werden, und daß oftmals sogar auch die Öffentlichkeit die vielleicht abweichende Meinung einer Fraktion gegenüber einem auf höherer Ebene bereits vereinbarten Kompromiß als eigentlich unmöglich empfindet. Sogleich wird da um die notwendige Stabilität gefürchtet. Wir müssen uns wohl daran gewöhnen und damit abfinden, daß vorgedacht und vorgeplant wird, aber es muß dann zu einem breiten Diskussionsprozeß über die anstehenden politischen Entscheidungen kommen.

Im Zuge der Bemühungen um parlamentarische Reformen haben wir nicht nur angekündigt, das Parlament zu verkleinern, wir haben es auch beschlossen. Wir wollen aber auch regelmäßig an einem geeigneten Termin, z.B. am Donnerstagsvormittag, im Forum des Bundestages genau die Themen verhandeln, bei denen die Menschen das Gefühl haben können, ihre Abgeordneten ringen jetzt wirklich mit ihren Entscheidungen. Das ist bisher noch nicht gelungen. Wir erleben dank der sogenannten »Kurzintervention« lebendige Debattenteile, aber in dieser Richtung ist noch erheblicher Veränderungsbedarf, um zu Reformen zu gelangen, die Reformen aller Tage sind.

Dieses Parlament ist ein Arbeitsparlament, also das wenigste, was man ihm vorwerfen könnte, wäre Faulheit. Ein anderer Punkt: die Reisen der Abgeordneten. »Konnten die denn nicht zu Hause bleiben?«, wird oft gefragt. Es mag ja die eine oder andere Reise geben, die zu kritisieren wäre, aber in einer zunehmend globalisierten Welt zu sagen: »Bleibt zu Hause und informiert euch aus der Zeitung und kommuniziert per Internet«, ist weltfremd. Ich wünsche mir, daß menschliche Gesellschaften von Mensch zu

Mensch kommunizieren und daß die modernen Kommunikationsmittel technische Hilfsmittel bleiben. Nur auf der Grundlage persönlicher Vertrauensverhältnisse wird Politik machbar, nicht aber wenn die Beteiligten einander nicht kennen – da bleiben alte Wahrheiten auch neue Wahrheiten.

Wir stehen inmitten eines schwierigen Prozesses. Wir werden danach beurteilt werden, was wir Parlamentarier getan haben, um die Menschen in die Zukunft zu führen. Bei allem, was davon in der Bevölkerung noch nicht angekommen ist, behaupte ich, daß wir einen großen Anteil dazu beigetragen haben, daß Deutschland aus dieser Krise wieder herauskommt. Zwar schreibt das öffentliche Urteil das allgemeine Wohlergehen immer der funktionierenden Wirtschaft zu, während wenn es schlecht geht, immer die Politik versagt hat, tatsächlich aber haben sich alle zusammen längst bewegt. Deutschland wäre nicht die zweitgrößte Exportnation, wenn es nicht Menschen in dieser Republik gäbe, die dies ermöglicht hätten. Wir hätten nicht wieder ein beträchtliches Ansehen im Feld von Forschung und Entwicklungen, bei der Anzahl von neuen Patenten, im Umweltschutz, wenn da nicht Menschen wären, die sich anstregten, die etwas leisteten. Wir stehen in einem ständigen Wettbewerb, und nicht selten wurde bezweifelt, ob dieses kränkelnde Deutschland überhaupt seinen früheren Stellenwert wiedererlangen könnte. Viele in der Welt waren überrascht, wie sich unser Land trotz hoher Arbeitslosigkeit nach der Erlangung der Einheit gewandelt hat und was dabei geschafft worden ist. Mit Recht können wir sagen, daß wir oft nicht wissen, ob wir in der alten oder in der neuen Bundesrepublik sind.

Ich wünsche uns, daß wir gerade bei der jungen Generation nicht aufhören, ihre Kreativität zu befördern, und die wichtigste Aufgabe ist, daß wir ihnen Ausbildung und Arbeit geben. Es hat lang gedauert, bis wir im Parlament begriffen haben, daß nicht mit den alten Instrumenten allein Beschäftigung geschaffen werden kann. Die bisher zur Finanzierung der Arbeitslosigkeit ausgegebenen 160 Milliarden Mark kann man tatsächlich intelligenter anlegen. In dieser Frage sind übrigens Frauen oft pragmatischer und weniger systemgebunden. Es gibt Modellvorhaben, mit denen im Verbund Menschen wieder eine Perspektive gegeben werden kann und die deshalb wirklich mit einem Preis für soziale Innovation ausgezeichnet werden sollten.

Schöpfen Sie also Vertrauen! Die Politik darf sich sicher nicht darauf zurückziehen zu sagen: »Wir sind zwar demokratisch, kommen aber bei der Lösung der Probleme nicht weiter«. Vonnöten dabei ist auch menschliche Leistungsfähigkeit, und ich bin davon überzeugt, daß wir uns mit dem eigenen Bemühen wieder am Schopf aus dem Sumpf ziehen können. Das gilt auch für die parlamentarische Demokratie – vergessen wir nicht, was wir in den letzten fünfzig Jahren an Frieden, an Freiheit, an Einheit gehabt haben und jetzt an Chance zur europäischen Einheit wahrnehmen. Die Demokratie kann schnell verspielt werden. Sie zurückzugewinnen, ist ein schweres Stück Arbeit und mit viel menschlichem Leid verbunden.